

Was wir verloren haben

Beenken, Heinrich

Berlin, 1925

Dr. Rudolf Lodgman-Auen: „Das Deutschtum im tschechischen Staate“

[urn:nbn:de:hbz:466:1-80355](#)

Das Deutschstum im tschechischen Staate.

Vom Abgeordneten Dr. Lodgman, Teplitz-Schönau (Böhmen).



Volkstum und Siedlung.

Über die Verteilung des sudetendeutschen Siedlungsgebietes geben die Sprachenkarten Aufschluß. Die Deutschen bewohnen im Großen und Ganzen die Ränder der Länder Böhmen, Mähren und Schlesien und finden sich in der Slowakei in Sprachinseln verstreut. Volkstümlich ist das deutsche Siedlungsgebiet Böhmens, Mährens und Schlesien ein Teil des mitteleuropäischen Sprachgebietes, nach Mundart und Abstammung handelt es sich um Alemannen, Franken, Sachsen und Schlesier. Die deutschen Siedlungsgebiete sind, räumlich betrachtet, durch Staatsgrenzen abgetrennte Teile der entsprechenden reichsdeutschen und österreichischen Stämme. Schon zu Österreichs Zeiten haben diese Gegenden kulturell niemals nach Prag „gravitiert“, sondern je nach ihrer Lage nach Wien, München, Dresden, Berlin und Breslau. Seit Jahrhunderten findet ein reger Austausch von Geisteserzeugnissen und Menschen von hüben und drüben statt, eine ganze Reihe namhafter Persönlichkeiten auf allen Gebieten von Kunst, Literatur und Wissenschaft im Deutschen Reiche und insbesonders in Österreich gehört einem der sudetendeutschen Stämme an.

Nach der letzten im Jahre 1921, also bereits unter tschechischer Herrschaft veranstalteten Volkszählung, ergaben sich folgende Ziffern, denen wir die Ziffern der Volkszählung von 1910 entgegenstellen:

Tschechen 6 792 988	1921	1910
Slowaken 1 967 963	„Tschechoslowaken“ 8 760 951	8 043 199
	Deutsche	3 123 454
	Ukrainer	461 449
	Polen	75 853
	Magyaren	747 096
	Juden	180 530
	Andere	23 052
	Staatsfremde . . .	238 951
		—
		—
		87 044
	Sa. 13 611 336	13 636 390

Die Verluste der Deutschen und zum Teile auch der Magyaren sind auf folgende Beweggründe zurückzuführen:

1. Erstens stecken in der Ziffer von 238 951 Staatsfremden viele Deutsche und Magyaren, die durch den Zerfall Österreich-Ungarns „staatsfremd“ geworden sind.

2. Die 180 000 Juden hatten sich 1910 zum großen Teile zur deutschen oder magyarischen Umgangssprache bekannt;

3. Die Kriegsverluste der Deutschen und Magyaren sind größer als jene der Tschechen;

4. Selbstverständlich soll nicht geleugnet werden, daß sich 1921 eine Anzahl von Deutschen und Magyaren freiwillig „umorientiert“ haben, allein zum großen Teile sind sie zur „tschechoslowakischen“ Nationalität gepreßt worden, wie die zahlreichen Strafuntersuchungen bei der Volkszählung die Verlockungen und anderen angewandten Mittel zur Genüge beweisen.

Zusammenfassend können wir sagen: die 3,1 Millionen Deutsche, welche sich 1921 als Deutsche bekannt haben, sind der Kern des sudetendeutschen Stammes. Gewiß werden infolge der planmäßigen Verdrängungen der Deutschen im Laufe der Zeit noch Verluste eintreten, zumal viele Deutsche zur Abwanderung genötigt werden, allein freiwillig werden diese Deutschen ihre nationale Zugehörigkeit nicht verleugnen und wir können daher mit diesem Bestande des Sudetendeutschstums auch für die Zukunft rechnen.

In politisch-nationaler Beziehung gibt es zwischen den Sudetendeutschen keine Stammesunterschiede: sie alle fühlen sich schlechthin als Deutsche, als Grenzvolk, welches vom Mutterboden abgetrennt wurde. Dieses Bewußtsein ist in jeder politischen Partei zuhause. Im Oktober 1918 haben die nach

dem Zerfalle Österreich-Ungarns gebildeten National-Versammlungen für Deutschböhmen, Sudetenland, Südmähren und den Böhmerwald einstimmig die Vereinigung mit Deutschösterreich und durch dieses mit Deutschland zum obersten Verfassungsgesetz erhoben und so haben diese Gebiete staatsrechtlich vom Oktober 1918 bis zur Genehmigung der Friedensverträge tatsächlich zum Deutschen Reich gehört, von dem sie gewaltsam losgerissen worden sind.

Volkswirtschaft.

Den meist gebirgigen Siedlungsgebieten entsprechend verfügen die Deutschen nicht über jenen fruchtbaren und ertragreichen landwirtschaftlichen Boden, wie die Tschechen im Inneren des Landes, dagegen ist das Sudetendeutschland bekanntlich der Träger der großen nordböhmischen und nordmährischen Industrie. Die Stellung dieser Industrie hat sich nun nach dem Umsturze sehr verschoben. Früher hat die sudetendeutsche Industrie über das ganze österreich-ungarische Wirtschaftsgebiet von etwa 50 Mill. Menschen verfügt und konnte ihre Erzeugnisse nicht nur im damaligen Inlande, sondern auch infolge der Handelsverträge am Balkan absetzen. Heute ist die Industrie fast durchgehend Exportindustrie geworden, das Gebiet von 13 Millionen Einwohnern ist viel zu klein als daß es allein für die Riesenunternehmungen genügen könnte. Von der Textilindustrie allein hat die Tschechoslowakei mehr als 80 % der ganzen Textilindustrie Österreichs „geerbt“; daß fast alle Kohlenbergwerke in den Sudeten ländern liegen, dürfte bekannt sein; daß die chemische, die Maschinenindustrie, die Glas- und Porzellanerzeugung und noch viele andere Zweige in den Sudetenländern ihren Sitz haben, ebenfalls. Daraus ergibt sich aber, daß die Tschechoslowakei in der Tat überindustrialisiert ist und daß die großen Werke nur mit einem Teile ihrer „Capacität“ arbeiten können.

Die große österreichische Industrie war in wirtschaftlicher Beziehung zweifellos eine Stärke der deutschen Bevölkerung, in nationaler Beziehung jedoch hatte sie schwere Sünden auf sich geladen. Ihr haben wir zum guten Teile die Vertuschung der deutschen Braunkohlengebiete zu verdanken. Die deutsche Industrie hat zum Teile wahllos tschechische Arbeiter eingestellt und dabei nicht bedacht, daß dieses aus dem Inneren Böhmens abströmende Proletariat der Vortrupp des nationalen Gegners war, dessen Bestreben immer, auch schon zu Österreichs Zeiten, dahin ging, die sudetendeutschen Gebiete mit Tschechen zu durchsetzen. Heute sind die in Massen eingewanderten tschechischen Lohnarbeiter die eigentlichen Herren und werden natürlich von der tschechischen Regierung mit allen Mitteln unterstützt und gefördert, die deutsche Industrie ist zum Teile der tschechischen Arbeiterschaft bormäßig geworden. Diese Abhängigkeit geht soweit, daß eine Entlassung von tschechischen Arbeitern durch die Regierung verhindert wird, sodass die zu Österreichs Zeiten entstandenen Schäden heute vielfach nicht mehr gut gemacht werden können. Eine Reinigung der deutschen Siedlungsgebiete ist dadurch eine Frage der politischen Macht geworden und wird nur zu erreichen sein, wenn die jetzige politische Oberherrschaft des tschechischen Volkes beseitigt werden kann.

Sinn und Zweck des tschechischen Staates.

Die Tschechoslowakei ist das Ergebnis der Pariser Friedensverträge, das Ergebnis des Gedankens das Deutsche Reich mit einem Kranz von deutschfeindlichen Staaten zu umgeben. Aus dieser Grundsatzsache ergibt sich nun ihre ganze Politik. Die Pariser Friedensverträge haben dem Staat eine doppelte Front gegeben, die eine gegen Deutschland, die andere gegen Ungarn. Die Träger der tschechischen Politik wissen sehr gut, daß der Bestand des Staates von dem Wohlwollen Frankreichs abhängt und sie wagen es daher nicht, das Vasallenverhältnis zu Frankreich zu ändern. Militärisch-geographisch ist der Staat ein Unding, denn ein Blick auf die Landkarte beweist, daß er infolge seiner langgestreckten Grenzen und seiner Einkeilung ins deutsche Sprachgebiet im Ernstfalle nicht zu verteidigen ist. Daher hält die Tschechoslowakei unbeirrt an den Friedensverträgen und der in ihnen zum Ausdruck gebrachten Niederhaltung Deutschlands fest. Daher wird die Tschechoslowakei immer auf der Seite der Gegner Deutschlands zu finden sein. Dieses Streben geht soweit, daß man auf tschechischer Seite sogar die natürlich gegebenen wirtschaftlichen Zusammenhänge ändern möchte; während ein Blick auf die Einfuhr- und Ausfuhrverhältnisse zeigt, daß der Staat in hohem Grade mit den deutschen Siedlungsgebieten, nämlich mit Deutschland und Österreich wirtschaftlich zusammenhängt, geht das Streben jedes echten Patrioten dahin, diese Zusammenhänge aufzuheben und an ihre Stelle die Zusammenhänge mit Frankreich zu setzen. Dies ist bis heute nicht gelungen und wird auch in der Zukunft nicht gelingen, denn die geographischen Verhältnisse lassen sich nicht so wie die politischen durch Gesetze und Verordnungen beseitigen.

Bei Eduard Strache in Warnsdorf ist die Uebersetzung einer tschechischen Schrift erschienen, in welcher sich der Verfasser Hanus Kuffner mit dem tschechoslowakischen Staate beschäftigt. Er versucht dort nachzuweisen, daß das jetzige Gebilde aus tausend Gründen unmöglich ist und verlangt die Erweiterung der Grenzen des Staates nach Norden, Süden, Osten und Westen. Nach ihm müßte der Staat bis Berlin, Regensburg, Linz, Wien, Budapest, Breslau und Frankfurt a. O. reichen, wenn er militärisch wirklich gesichert sein sollte. Das Deutsche Reich wäre nach Kuffner in eine Reihe von Pufferstaaten aufzulösen, Preußen vollständig zu beseitigen, Mittel- und Süddeutschland auf eine „deutsche Reservation“ nach Art der Indianerreserven in Amerika zu beschränken. Die Schrift soll im Spätsommer 1917 den Ententemächten überreicht worden sein und gibt, wie keine andere, die wahre Gesinnung aller echten Patrioten wieder.

Aus dieser Grundeinstellung der Tschechen gegen Deutschland ergibt sich aber auch zwanglos die Erklärung für die Politik, welche sie im Innern des Staates betreiben. Diese läßt sich kurz und bündig mit dem Worte kennzeichnen: Vertuschung um jeden Preis! Gerichtet ist diese Politik gegen alle so genannten Minderheitsvölker, in erster Reihe natürlich gegen die 3 Millionen Sudetendeutschen. Die Tschechen sagen sich: wir haben etwa 20 Jahre Zeit, solange wird Deutschland ohnmächtig bleiben und bis dahin muß unser Werk gesichert sein. Daher müssen wir diese Zeit ausnützen und aus den staatsfeindlichen Minderheitsvölkern richtige Tschechen oder wenigstens neutrale, deutsch sprechende, aber national geschlechtslose Menschen erziehen. Daher muß unser Staat ein tschechischer Nationalstaat sein, es ist nicht möglich, die Herrschaft unter die verschiedenen Nationen zu teilen. Taten wir dies, würde also unser Staat ein tschechisch-deutsch-slowakisch-magyarisches-ruthenisch-polnischer Völkerstaat, so könnte er weder die französische Richtlinie der äußeren, noch die tschechisch-nationale Richtlinie der inneren Politik beibehalten. Daher dürfen in der Regierung nur verlässliche Tschechen sitzen, daher müssen Gesetzgebung und Verwaltung diesem höchsten Ziele bedingungslos untergeordnet werden.

Aus solchen Gedankengängen werden auch ohne Bedenken die erforderlichen Schlüsse gezogen: die Verfassung wurde ohne die Minderheitsvölker, nur von Tschechen beschlossen, erst, als sie Tatsache war, wurden die Wahlen ausgeschrieben. Die ganze Staatsverwaltung wird in den Dienst der Vertuschung gestellt und arbeitet gegen die Minderheitsvölker planmäßig auf kulturellem, wirtschaftlichem und nationalpolitischem Gebiete. Die Krönung aller dieser Bemühungen ist die Bodenreform und die „Ueberführung“ der deutschen Industrie in tschechische Hände; durch die Bodenreform wird unser deutsches Dorf mit Tschechen durchsetzt, durch die Verfolgung des deutschen Gewerbes und der deutschen Industrie wird der deutsche Hand- und Kopfarbeiter dem tschechischen Unternehmer bormäßig gemacht, durch die Wegnahme unserer deutschen Schulen werden wir geistig proletarisiert. Und das ist ja der Zweck der ganzen Maßnahmen: das tschechische Volk soll wirtschaftlich, kulturell und national gehoben, das deutsche herabgedrückt und zermürbt werden, dadurch soll der Bestand des Staates auf nationall-tschechischer Grundlage gesichert werden.

Selbstverständlich liebt es die amtliche tschechische Politik, diese Grundlagen und Ziele des Staates hinter demokratischen und pazifischen Redensarten zu verschleiern. Nur der unentwegte Vertreter des tschechischen Nationalismus, Dr. Kramář, verrät die Zwecke des Staates unverhüllt. In einer Rede, die er Anfang September 1925 in Königgrätz gehalten hat, erklärte er, daß die Erhaltung des nationalen Charakters des tschechoslowakischen Staates ein Gebot der Friedensverträge sei. „Wir haben in den Friedensverträgen direkt von den Verbündeten den Auftrag bekommen,“ erklärte Kramář, „daß unser Staat national und tschechoslowakisch sein soll. Den Deutschen bieten wir nur solche sprachlichen Konzessionen, soweit sie die Minderheitsverträge zulassen. Unsere nationale Politik ist also eine direkte Folge des Geistes der Friedensverträge.“

Die politische und seelische Einstellung des Sudetendeutschstums.

Das Sudetendeutschstum hat sich schon im alten Österreich durch seine besonders scharfe nationale Politik ausgezeichnet. Hier war die Wiege des alddeutschen Gedankens, denn das Sudetendeutschstum hat durch seine Jahrhunderte alten Erfahrungen mit den tschechischen Landesbrüdern sehr wohl empfunden, daß es einen wahren Frieden mit dem Tschechentum nicht gibt, da dieses seit je die deutschen Siedlungsgebiete als Teile seines Ausdehnungsgebietes betrachtet hat. Daher waren große Kreise des Sudetendeutschstums in Österreich nicht schwarz-gelb, sondern schwarz-weiß-rot eingestellt, daher wollten sie auch einen scharfen Trennungsgestrich zwischen sich und den Tschechen ziehen in Gestalt der so genannten nationalen Abgrenzung Böhmens und Mährens. Der Weltkrieg fand das Sudetendeutschstum auf seinem Posten, es kämpfte freilich nicht für das habsburgische Österreich, sondern für die

deutsche Sache schlechthin. Heute ist es die Beute des tschechischen Staates geworden und kämpft einen Kampf auf Tod und Leben um Ehre und Bestand.

Als die deutschen Abgeordneten im Jahre 1920 das tschechoslowakische Parlament betreten, da haben dort die nationalen Parteien ihre Stellung zum neuen Staate ein für allemal in folgenden Sätzen festgelegt:

„Die tschechoslowakische Republik ist das Ergebnis eines einseitigen tschechischen Willensaktes und hat die deutschen Gebiete widerrechtlich mit Waffengewalt besetzt. Die deutschen Sudetenländer sind in der Tat um ihren Willen niemals befragt worden und das Ergebnis der Friedensverträge ist daher mit Beziehung auf sie die Sanktionierung eines Gewalt-, aber niemals eines Rechtszustandes. Wir erklären feierlich, daß wir keines dieser Gesetze als für uns verbindlich anerkennen. Für uns Deutsche, die wir an keiner Abmachung über die Errichtung dieses Staates Anteil hatten, sind seine Staats- und Regierungsform, sein Verhältnis zu uns und den Nationen zueinander, die staatsgrundgesetzlichen Rechte und Freiheiten seiner Bewohner und seine Stellung zu den übrigen Staaten Europas heute noch ungelöste Probleme und wir fordern, daß sie einzig und allein vom Gesichtspunkte wahrer Demokratie und ungehinderter nationaler Freiheit gelöst werden Wir werden niemals die Tschechen als Herren anerkennen, niemals uns als Knechte in diesem Staate fügen.“

Auch die Deutschen Sozialdemokraten erklärten damals feierlich:

„In der Stunde, da wir das Parlament der tschechoslowakischen Republik betreten, um auch auf diesem Boden unseren Kampf für das Proletariat, für die soziale Demokratie und für den Sozialismus zu führen, erklären wir deutschen Sozialdemokraten feierlichst, daß wir an dem Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes unverrückbar und unverbrüchlich festhalten.“

Somit waren sich alle Parteien klar, daß das Selbstbestimmungsrecht des sudetendeutschen Volkes die Grundlage ihrer Politik bilden müsse, jenes Selbstbestimmungsrecht, mit welchem der tschechoslowakische Staat unvereinbar ist. Es ist klar, daß die Tschechen nunmehr, nach Aufrichtung ihres Staates, von diesem Selbstbestimmungsrecht nichts mehr wissen wollen, obzw. sie es im alten Österreich auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Ich will nur zwei Citate eines Mannes anführen, der noch heute in der tschechischen Politik eine wichtige Rolle spielt; es ist der jetzige Präsident der Republik Masaryk, der einst k. k. österreichischer Professor an der Universität in Wien. Er gilt in weiten Kreisen als humanistisch gesinnter Mann, was ihn aber durchaus nicht gehindert hat, alle Unterdrückungs- und Drosselungsgesetze gegen die Deutschen mit seinem Namen zu unterschreiben. Am 31. März 1900 hielt er am Kongresse der von ihm gegründeten tschechischen Realistenpartei in Prag eine Rede, in welcher es heißt:

„Die tschechischen Politiker müssen entschieden national sein und mit der gleich entschiedenen nationalen Gesinnung des deutschen Volkes in den böhmischen Ländern rechnen. Wenn diese Länder ein selbständiges staatsrechtliches Ganze in historisch erhaltener Un teilbarkeit bilden sollen, könnte dies nur unter Zustimmung des deutschen Volkes, welches die böhmischen Länder bewohnt, geschehen. In den böhmischen Ländern mit neun Millionen Einwohnern gibt es nicht einmal doppelt so viele Tschechen als Deutsche. Wenn diese bedeutende deutsche Minderheit die staatsrechtlichen Forderungen der Tschechen nicht anerkennt, sind diese Forderungen bei der politischen und nationalen Situation in Mitteleuropa nicht zu verwirklichen; ein Staat, in welchem es so viele gesinnungstreue und in jeder Beziehung tüchtige Landesverräter gäbe, ist unmöglich. Die Verständigung mit unseren Landsleuten ist eine historisch gegebene Notwendigkeit. Die sachliche Grundlage des Vergleiches muß die Selbstbestimmung sein.“

Am 1. Januar 1919 sprach derselbe Mann in seiner Antwort auf die Neujahrswünsche des Präsidenten der Nationalversammlung also:

„Ich anerkenne das nationale Prinzip, ich anerkenne das Selbstbestimmungsrecht, aber bei den gegebenen administrativen Verhältnissen gibt es Grenzen, welche durch die nationale Mischung gegeben sind und die eine geradlinige Abgrenzung ausschließen. Es können sich geografisch die deutschen Minoritäten nicht vereinigen, es können sich nicht die tschechischen Minoritäten vereinigen; es bleibt nichts übrig, als daß sie vereinigt bleiben und gerade vom volkswirtschaftlichen Standpunkte. Es ist auch ein sichtbarer Unterschied in der Selbstbestimmung der Völker: Wir Tschechen und Slowaken sind bis auf kleine Minoritäten an den Grenzen die ganze Nation beisammen. Unsere Deutschen sind keine ganze Nation, sondern deren Kolonisationsavantgarde. Es ist nicht unsere Schuld, daß die Deutschen ihre eroberungssüchtigen Kolonisten nach Osten schickten und auch zu uns in unser Land. Dieser sprichwörtliche Drang nach Osten muß aufgehalten werden.“

Jeder mag sich selbst ein Urteil bilden, wie sich die Auffassung Masaryks seit dem Umsturze gewandelt hat und was die Deutschen im tschechoslowakischen Staate zu erwarten haben, wenn dessen

Präsident solche Ansichten vertritt, die reichsdeutsche Öffentlichkeit möge aber erkennen, daß es im tschechischen Geiste einen Unterschied zwischen dem Sudetendeutschum und dem Deutschum Europas nicht gibt und möge sich auf den gleichen Standpunkt stellen.

Was kann Deutschland für das Sudetendeutschum leisten?

Wenig und doch sehr viel! Das, was Deutschland heute für uns leisten kann, läßt sich in einem Worte zusammenfassen: Aufklärungsarbeit! Nach dem beispiellosen Zusammenbrüche Deutschlands, der seinen Höhepunkt in der Wirtschafts- und Inflationskrise und den Putschen von links und rechts hatte, dürfen wir annehmen, daß sich die Verhältnisse heute soweit gefestigt haben, daß man nun daran gehen kann, die reichsdeutsche Öffentlichkeit zunächst einmal mit den wirklichen Verhältnissen der Grenz- und Auslandsdeutschen vertraut zu machen. Gewiß wäre dies nicht notwendig, wenn das Deutschland der Vorkriegszeit großdeutsch gerichtet gewesen wäre, da es aber eben kleindeutsch und staatlich, nicht aber großdeutsch gedacht hat, so muß diese Aufklärungsarbeit in Deutschland selbst erst jetzt nachgeholt werden. Dabei gehe ich von der Voraussetzung aus, daß der Staat das Machtmittel des Volkes sein soll, es ist also amtliche Sache der deutschen Regierungen, für die Aufklärung zu sorgen. Von staatswegen ist alles in den Dienst zu stellen, was dazu beitragen kann. Oftmals hört man von gut deutsch-gesinnten Leuten, Reichsdeutschland müsse dem Sudetendeutschum „helfen“, es dürfe sich den Klagerufen der Sudetendenischen nicht verschließen. Eine solche Auffassung halte ich für bedenklich. Nicht um „Hilfe“ für uns kann es sich handeln, sondern um das Bewußtsein, daß es sich auf sudetendeutschem Boden ein Stück der Geschichte Deutschlands selbst abspielt. Es ist die ureigenste Sache des Deutschums, um die es geht.

Damit ist aber auch schon die großdeutsche Frage entrollt. In ihrem Zeichen muß Deutschland stehen, soll das deutsche Volk wiederum jenen Platz einnehmen, der ihm nach seiner Geschichte und Bedeutung gebührt. Die hindernden dynastischen Schranken, welche das deutsche Volk auf zwei Dutzend Staatsgebilde aufgeteilt hatten, sind gefallen, das ist das Gute, welches Weltkrieg und Zusammenbruch im Gefolge hatten. Der Vereinigung der deutschen Stämme stehen nur mehr politische Grenzen entgegen, auf deren Bestand Rücksicht zu nehmen das Deutschum Europas wahrlich keine Ursache hat. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist der Schlüssel, mit welchem die Schlösser zu öffnen sind, die die Deutschen heute gefangen halten.